

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. März 1957

99/J

A n f r a g e

der Abgeordneten P o p u l o r u m , H e r k e , R o m und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Ausdehnung der besonderen Steuerbegünstigung für Investitionen
in bestimmten Gebieten Kärntens.

-.-.-.-

Das heute zu beschliessende Bundesgesetz über eine Bewertungsfreiheit bei
abnutzbaren Wirtschaftsgütern bringt manchen Gebieten als Ausgleich für den be-
sonderen Nachteil, den sie in der Besatzungszeit erlitten haben, eine erhöhte
Bewertungsfreiheit. Die Kärntner Landesregierung und die Abgeordneten Kärntens
haben mit Befriedigung festgestellt, dass in die begünstigten Gebiete auch die
Zone südlich der Gail bis zur Mündung in die Drau und von dort südlich der Drau
bis zur Staatsgrenze sowie die Gerichtsbezirke Völkermarkt und St. Paul ein-
bezogen wurden.

Leider wurden jedoch andere Gebiete Kärntens, die unter den Auswirkungen
des Weltkrieges in wirtschaftlicher Hinsicht ebenfalls besonders zu leiden hat-
ten, nicht berücksichtigt. Auch der Gerichtsbezirk Hermagor und der Gerichtsbe-
zirk Klagenfurt (ausgenommen der Bereich der Landeshauptstadt) sind in den Jah-
ren nach Kriegsende wirtschaftlich zurückgeblieben. Die lang andauernde Unsicher-
heit bezüglich der Kärntner Südgrenze war ein starkes Hemmnis für die Investi-
tionstätigkeit in Kärnten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister
für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Nationalrat Massnahmen vorzuschla-
gen, durch die auch die Gerichtsbezirke Hermagor und Klagenfurt die Begünstigung
der erhöhten Bewertungsfreiheit erhalten?

-.-.-.-